



**Es gilt das gesprochene  
Wort**

**Rede von**

**Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis**

**anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes 2004**

**durch den Erlanger Stadtrat**

**am 04. Dezember 2003**

**Zur Lage der Stadt – den Gürtel noch enger schnallen!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Lage ist katastrophal und sie hat sich in den vergangenen Monaten sogar noch zugespitzt. Für die Städte und Gemeinden in Deutschland bedeutet ihre Finanzkrise ganz klar: Kommunales Handeln ist am Ende seiner Möglichkeiten, es gibt keine Spielräume mehr.“ Der dies formulierende ist kein geringerer als der Vizepräsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Herbert Schmalstieg in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 3.12.02.

Bereits in der Haushaltsrede des letzten Jahres zitierte ich so den Kollegen Schmalstieg und es hat sich leider bewahrheitet, dass dieses drastische Szenario zur traurigen Realität wurde.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Beratungen zum Haushalt 2004 haben es verdeutlicht, für die Städte und Gemeinden in Deutschland und auch für uns hier in Erlangen ist die finanzielle Lage noch viel schwieriger geworden. Das Haushaltsloch hat sich dramatisch vergrößert! Wir verabschieden heute den ersten nicht ausgeglichenen und auch nicht ausgleichbaren Haushalt.

Haben wir diese Situation selbst verschuldet?

Und das, obwohl wir in den letzten Jahren systematisch Schulden abgebaut haben? – Ich meine Nein!

Warum dies so ist, darauf möchte ich mit einem kurzen Rückblick auf die Beratungen zur Reform der Kommunalfinanzen in diesem Jahr auf Bundesebene eingehen. Im folgenden trage ich Ihnen ein zugegebenermaßen – langes Zitat vor:

„In der abschließenden Sitzung der Gemeindefinanzreformkommission Anfang Juli d.J. schienen die Chancen auf für die Städte positive Ergebnisse nicht schlecht. Nach einem Jahr zum Teil intensiver Beratungen in den ihr zuarbeitenden Gremien bestand weitgehender Konsens über die Notwendigkeit, den Städten durch eine Gemeindefinanzreform zu einer grundlegenden Verbesserung ihrer Finanzlage zu verhelfen, aber auch die dazu einzuschlagenden Wege. In der Frage der Reform des Gemeindesteuersystems fand in der Kommission der Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände für eine Modernisierung der Gewerbesteuer mehrheitlich Unterstützung, während das BDI-Modell des Ersatzes der Gewerbesteuer durch ein Zuschlagrecht auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer chancenlos schien. Darüber hinaus schienen auch keine Zweifel daran zu bestehen, dass die Kommunen und insbesondere die Städte in den strukturschwachen Regionen durch die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in einem neuem bundesfinanzierten Leistungsrecht für Langzeitarbeitslose dringend von Sozialhilfeausgaben entlastet werden müssen.

Um so schockierender waren die Mitte August d.J. von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwürfe, die den Namen Gemeindefinanzreform nicht verdienten. Schon die Größenordnung der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Verbesserung der kommunalen Finanzen um 4 ½ Mrd. Euro im Jahr 2004 und 5 Mrd. Euro ab 2005 waren irreführend, da fast ein Drittel davon nicht zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage zur Verfügung stand, sondern nur ein Ausgleich für eine neue kommunale Leistungspflicht in der Ganztagsbetreuung der unter Dreijährigen war. Für Verbesserung der gemeindlichen Steuereinnahmen sahen die Pläne der Bundesregierung im Entstehungsjahr insgesamt 2,8 Mrd. Euro vor, die allerdings zu zwei Dritteln aus einer erhöhten Umsatzsteuerbeteiligung resultierten. Die Gewerbesteuer wollte die Bundesregierung weiter demontieren, statt sie nach dem Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände zu modernisieren. Zwar schlug auch die Bundesregierung die Einbeziehung der freien Berufe vor, lehnte aber die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer ab und wollte statt dessen sogar die noch bestehenden Hinzurechnungen und Kürzungen abschaffen. Völlig unzureichend waren mit lediglich einer halben Milliarde Euro im Jahr 2004 und einer Milliarde Euro ab 2005 die angekündigten Sozialhilfeentlastungen der Kommunen. Die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erzielbaren Entlastungseffekte beanspruchte der Bund fast ausschließlich für sich und verweigerte damit insbesondere den hochgradig sozialhilfebelasteten strukturschwachen Städten in West und Ost die dringend notwendigen Ausgabeentlastungen.“

Diese harte Analyse der Beschlüsse der Bundesregierung stammt nicht vom Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, sondern ist Teil einer Erklärung des Deutschen Städtetags, und wird damit von den Oberbürgermeistern aller Parteien im Präsidium des DST geteilt.

Zwar wurde die Position der Bundesregierung durch die SPD-Bundestagsfraktion nachgebessert, doch sind wir noch meilenweit von einer befriedigenden Lösung für die Finanzen der Städte und Gemeinden in unserem Land entfernt.

Noch ist völlig offen, was der Vermittlungsausschuss in diesem Monat in Berlin beschließen wird. Seit heute wird sogar schon darüber spekuliert, ob die Steuerreform sogar noch scheitert.

Lassen Sie mich nun detailliert auf die Erlanger Situation eingehen und mit den folgenden Zahlen unsere Situation näher beleuchten:

Rd. 11,9 Mio. Euro fehlen nach den Beratungen in den Ausschüssen, dem vorliegenden Abgleichsvorschlag und ohne Nettoneuverschuldung im Gesamthaushalt. Ausgangslage war ein 23 Mio. Euroloch im Verwaltungshaushalt. Diese Lücke konnte nur deshalb verringert werden, weil wir die Budgets massiv gekürzt haben und im zweistelligen Millionenbereich Vermögenswerte vor allem im Röthelheimpark veräußert werden.

Der Verwaltungshaushalt umfasst damit 208,643 Mio. Euro, er erhöht sich um 9,568 Mio. Euro bzw. 4,8 % zum Vorjahr (199,075 Mio. Euro).

Der Vermögenshaushalt umfasst Ausgaben von 54,041 Mio. Euro, er verringert sich um 7,32 % zum Vorjahr (58,309 Mio. Euro). Das Investitionsvolumen ist um ca. 2,5 Mio. gesunken. Damit wird unsere Absicht durch antizyklisches Verhalten Impulse für unsere Erlanger Wirtschaft zu geben leider beeinträchtigt.

Das Gesamthaushaltsvolumen 2004 beträgt damit 262,684 Mio. Euro, es erhöht sich um 5,3 Mio. Euro oder 2,06 % gegenüber dem Vorjahr.

Wie ich eingangs schon erwähnt habe, bleibt ein ungedeckter Betrag von z. Zt. rd. 11,9 Mio. Euro unter dem Vorbehalt, dass die vorgesehenen Erlöse beim Verkauf von Grundstücken auch tatsächlich erzielt werden können.

An dieser Stelle nenne ich bewusst auch die große Position der Personalausgaben. Es sind 82,46 Mio. Euro für das Jahr 2004 eingeplant, 2003 waren es nur 78,364 Mio.

Der Stellenplan 2004 sieht insgesamt einen Abbau von 3,5 Planstellen vor. Wir achten jedoch bei allen Sparmaßnahmen darauf, dass mit Augenmaß und Sachkenntnis die Pflichtaufgaben erfüllt werden. In Erinnerung rufe ich, dass sich trotz rückläufiger Planstellen, die Personalausgaben um ca. 4 Mio. erhöhen – verursacht durch höhere Versorgungs- und Beihilfekosten und durch die allgemeinen Tarifsteigerungen. Der größte Ausgabeposten im Etat sind somit nach wie vor die Personalkosten, die rd. 40 % des Verwaltungshaushaltes ausmachen.

Ich bin daher meinem Kollegen Gerd Lohwasser schon heute dafür dankbar, dass er mit seinem Organisationsteam und den Amtsleiterinnen und den Amtsleitern aktive Aufgabenkritik leisten wird. Bis Mitte nächsten Jahres wird er organisatorische Verbesserungen und damit Möglichkeiten für weitere Personalkosteneinsparungen erarbeiten.

Ich kann heute schon sagen, dass vor allem auch die freiwilligen Leistungen und Zuwendungen der Stadt auf den Prüfstand kommen. Unsere Pflichtaufgaben werden selbstverständlich weiterhin oberste Priorität behalten.

Bei unseren Steuereinnahmen sind rd. 102,440 Mio. Euro geplant. Der geschätzte Anteil an der Einkommenssteuer sinkt um 0,90 Mio. Euro bzw. 2 %, die Gewerbesteuer wird mit einer Erhöhung von netto 5,248 Mio. Euro veranschlagt. Hier möchte ich einen besonderen Dank an unsere Erlanger Wirtschaft richten, die sich relativ stabil zeigt. Bei den Beratungen der äußerst schwierigen Finanzsituation unserer Stadt haben wir bewusst keine Erhöhung der kommunalen Steuern vorgeschlagen. Es bleibt bei den bisherigen Hebesätzen für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer.

Die Zinsleistungen sind für 2004 mit 6,933 Mio. Euro vorgesehen. (2003 waren es noch 7,330 Mio. Euro) bzw. täglich 18,994 Euro.

Die ordentliche Darlehenstilgung ist mit 6,916 Mio. Euro eingeplant. Zur Verminderung bzw. Vermeidung von Darlehensaufnahmen schlagen wir dem Stadtrat vor, aus der Rücklage 6,7 Mio. Euro zu entnehmen.

Trotz zurückgehender Mittel im Vermögenshaushalt bleiben für 2004 einige bedeutende Maßnahmen.

- Die allein schon aus baulichen Gründen – erst recht aber aus ökologischen Gründen dringend notwendige Sanierung des Rathauses schreitet zügig voran. Die oberen Geschosse sind bereits fertig und wieder bezogen. Im nächsten Jahr soll die Erneuerung „nach unten in die weiteren Geschosse“ mit rd. 2,960 Euro erfolgen
- für den bürgerfreundlichen Umbau und die Einrichtung eines neuen Bürgeramtes im Erdgeschoss des Rathauses sind rund 1 Mio. Euro eingeplant
- für Straßenverbesserungsmaßnahmen sind für den Umbau der Güterbahnhof- / Nägelsbach- / Werner-von-Siemens-Straße 2 Mio., für die Kreuzung Paul-Gossen Straße /Günther-Scharowsky-Straße 1,037 Mio. Euro vorgesehen. Diese Kosten werden nahezu ausschließlich von privaten Investoren und dem Freistaat Bayern getragen
- für Erschließungsstraßen im Baugebiet Erlangen-West sind 500.000 Euro veranschlagt
- für Brandschutzmaßnahmen an den Erlanger Schulen und einen Pavillon am Albert-Schweitzer-Gymnasium sind insg. 1,180 Mio. Euro eingeplant

- das Freibad West wird mit 500.000 Euro saniert
- für den Grunderwerb im Entwicklungsgebiet West sind 1,8 Mio. Euro eingeplant
- für Baukostenzuschüsse für neue Pflegeplätze stehen 750.000 Euro zur Verfügung
- für den Hort an der Loschgeschule 500.000 Euro
- die Hauptfeuerwache wird für 360.000 Euro umgebaut

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn der Haushalt vom Stadtrat beschlossen ist, verbleibt eine Deckungslücke von 11,9 Mio. Euro. Die Regierung von Mittelfranken wird sich erst im Frühjahr 2004 mit dem Haushalt beschäftigen. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt die Vorschrift des Artikel 69 der Bayer. Gemeindeordnung. Diese für die kommende Haushaltsführung so wichtige und einzuhaltende Bestimmung lautet:

„Vorläufige Haushaltsführung

(1) Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die Gemeinde

1. Ausgaben leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen des Vermögenshaushaltes, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren, fortsetzen,

2. die in der Haushaltssatzung jährlich festzusetzenden Abgaben nach den Sätzen des Vorjahres erheben,

3. Kredite umschulden.

(2) Reichen die Deckungsmittel für die Fortsetzung der Bauten, der Beschaffung und der sonstigen Leistungen des Vermögenshaushalts nach Absatz 1 Nr. 1 nicht aus, darf die Gemeinde Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Betrags der für die beiden Vorjahre festgesetzten Kredite oder, falls in einem oder in beiden Vorjahren keine Kredite festgesetzt wurden, bis zu einem Viertel der im Finanzplan des Vorjahres für das Haushaltsjahr vorgesehenen Kredite aufnehmen. Sie bedarf dazu der Genehmigung. Art. 71 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(3) Der Stellenplan des Vorjahres gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das neue Jahr erlassen ist.“

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und insbesondere alle Bürgerinnen und Bürger um Verständnis, dass der Haushalt 2004 mit seinen nicht kalkulierbaren Schwächen in den nächsten Monaten nicht vollziehbar sein wird und wir nur Unverzichtbares in Auftrag geben und leisten dürfen. Ich bitte alle Zuwendungs-Empfänger freiwilliger Leistungen um vorsichtigste Vorplanungen in ihren Bereichen. Bitte rechnen Sie nicht damit, dass bisher als selbstverständlich angesehene Zuwendungen auch 2004 zur Auszahlung kommen. Es ist möglich, dass wir im Frühjahr 2004 im Stadtrat erneut über unseren Haushalt beraten müssen. Vielleicht werden die Steuerreform, die Wirtschaftslage, die Sonderprobleme der Stadt und vor allem auch die Haushaltsgenehmigung durch die Regierung uns zusätzliche Maßnahmen abverlangen. Es ist dann durchaus möglich, dass wir Zuschüsse und freiwillige Leistungen kürzen oder sogar ganz einstellen müssen.

Im Bewusstsein, dass die Situation uns alle hart trifft und dass es schwer sein kann, wenn städt. Mittel nicht mehr in gewohnter Weise „fließen“, bitte ich alle Zuwendungsempfänger der Stadt Erlangen mit zu helfen,



die Finanzkrise unserer Stadt zu bewältigen.

**Dank:**

\*Ich schließe mit herzlichem Dank an alle, die den Haushalt 2004 vorbereitet, entwickelt und beraten haben und ihn mittragen und auch mitverantworten.

\*Ich danke den Stadtratsfraktionen und den Mitgliedern des Stadtrates.

\*Ich danke meinem Bürgermeisterkollegen Gerd Lohwasser und den berufsmäßigen Stadtratsmitgliedern, dem Finanzreferenten Herrn Konrad Beugel für seinen ersten Haushalt. Darüber hinaus auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei.

\*Einen besonderen Dank an die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Vertreter des Personalrates, die im Rahmen der Budgetierung eine wesentlich erhöhte Verantwortung tragen und einen wichtigen Beitrag für unsere Stadt leisten.

\*Ich danke vor allem auch den Medien, Herrn Greiner, Herrn Millian und Frau Rokos von den Erlanger Nachrichten und Herrn Busch vom Fränkischen Tag. Sie haben gerade auch in den zurückliegenden Wochen regelmäßig über die Haushaltsberatungen berichtet.

\*Herzlichen Dank an alle für das kooperative und vertrauensvolle Zusammenwirken für das Beste unserer Stadt, das - wie ich meine - gerade in so schwieriger Zeit unverzichtbar ist.

Ich bitte nunmehr die Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2004 Stellung zu nehmen.

Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister